

A2 Bewegt euch: Umwelt retten!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 31.10.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Bewegt euch: Umwelt retten!

1 Unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Auf der einen Seite gewinnen Nationalisten
2 in Europa und auch weltweit immer mehr an Macht. Auf der anderen Seite zeigen
3 tausende Menschen auf der Straße bei #unteilbar oder der Seebrücke und auch die
4 grünen Wahlerfolge, dass es möglich ist, viele Menschen für globale Solidarität
5 und einen progressiven pro-europäischen Kurs zu begeistern. Überall dort, wo
6 autoritäre Kräfte versuchen, das Rad der Zeit zurückzudrehen, sind in den
7 vergangenen Monaten mehr und mehr Menschen auf die Straße gegangen und haben
8 klargemacht, dass sie das Sterben auf dem Mittelmeer, das Abholzen des Hambacher
9 Waldes, die rechte Hetze von Seehofer und Co., mehr und mehr Befugnisse für die
10 Polizei und Hetzjagden in Chemnitz nicht länger dulden werden.

11 Daran wollen wir als GRÜNE JUGEND anknüpfen. Die politische Trennlinie verläuft
12 dabei immer stärker nicht mehr nur zwischen links und rechts, sondern auch
13 zwischen einem transnationalen Politikentwurf und nationalem Egoismus. Wenn
14 Donald Trump das Pariser Klimaabkommen aufkündigt oder Sahara Wagenknecht die
15 Lösung der sozialen Frage im Nationalstaat sucht, machen wir gemeinsam mit
16 diesen neu entstehenden Bewegungen klar: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen.
17 Denn jeder Mensch hat dieselben Rechte, unabhängig davon, an welchem Ort auf der
18 Erde er geboren ist oder lebt.

19 Uns ist bewusst, dass wir die großen politischen Herausforderungen, wie die
20 Klimakatastrophe, Ungleichheit der Lebensverhältnisse, Hunger, Armut,
21 Umweltzerstörung, Krieg und Gewalt nicht mit Kleinstaaterei und Nationalismus
22 lösen werden. Während sich Rechte und auch Konservative durch Abschottung und
23 Grenzschießung vor gemeinsamen Lösungen verstecken, ist für uns klar, dass ein
24 linkes Europa, die langfristige Überwindung von dem Konstrukt der abgegrenzten
25 Nationalstaaten und eine solidarische Weltgemeinschaft notwendiger denn je sind,
26 um nicht einfach nur die Ungerechtigkeit von heute zu verwalten, sondern auf
27 eine gleichberechtigte und solidarische Welt hinzuwirken und die
28 Wandlungsprozesse unserer Zeit, wie Globalisierung und Digitalisierung, gerecht
29 zu gestalten.

30 **Kampf gegen Umweltzerstörung als Ausgangspunkt für eine globale Politik**

31 Im Moment erleben wir, wie das Prinzip des demokratisch-kapitalistischen
32 Wohlfahrtsstaates, der "sozialen Marktwirtschaft" immer mehr ins Wanken gerät.
33 Dieses Konzept beruhte auf der Befriedigung sozialer Konflikte, die aus der
34 kapitalistischen Produktionsweise entspringen, durch die Beteiligung großer
35 Teile der Bevölkerung an einem gewissen Maß an Wohlstand und Konsummöglichkeiten
36 im Rahmen des Nationalstaates. Dieser Wohlstand war von Beginn an nur für einen
37 gewissen Teil der Welt möglich und fußte zum einen auf der Ausbeutung anderer
38 Bereiche der Erde, insbesondere Ländern des Globalen Südens, und der
39 rücksichtslosen Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Die derzeitige
40 Krise der Demokratie beruht auch darauf, dass dieses Prinzip durch den
41 neoliberalen Abbau des Sozialstaates und die Globalisierung, die nicht an
42 nationalstaatlichen Grenzen Halt macht, zunehmend in Frage gestellt wird. Hinzu
43 kommt die Klimakrise, die bestehende soziale Ungleichheiten und globale
44 Ungerechtigkeiten enorm zuspitzt. Heute treffen die Folgen der Klimakatastrophe
45 in besonders starkem Maße die Menschen in den ärmsten Teilen der Welt, die
46 westlichen Industriestaaten lagern die Kosten ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise
47 aus. Doch langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur
48 Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden,
49 brauchen wir eine globale, transnationale Politik, die echten Umweltschutz mit
50 Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei der die Rechte der Lohnabhängigen in
51 Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen in den ärmsten Regionen dieser
52 Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine
53 Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile
54 der Welt und der Zerstörung unserer Lebensgrundlage beruht.

55 Um eine solche Gesellschaft zu erreichen, brauchen wir einen radikalen Wandel
56 unserer Wirtschaftsweise. Auf dem Weg dorthin müssen wir viele kleine Schritte
57 gehen, die im Sinne einer Politik der globalen Gerechtigkeit und des radikalen
58 Klimaschutzes stehen. Dieser Antrag ist ein Aufschlag für die Idee einer
59 zeitgerechten Umweltpolitik, die den Kampf für echten Klimaschutz, die
60 menschenrechtsbasierte Gestaltung der klimabedingten Migration, soziale Kämpfe
61 und eine globale Gerechtigkeitspolitik zusammenführt.

62 **Umwelt retten, Klimakrise bekämpfen**

63 Dieser Sommer hat gezeigt: Die Klimakrise ist auch in Deutschland endgültig
64 angekommen. Moorbrände, Hitzerekorde, Dürreperioden und nicht zuletzt
65 organisierter Widerstand wie im Hambacher Wald oder bei Ende Gelände haben das
66 Thema wieder auf die Tagesordnung gehoben. Während hier die Folgen des
67 Klimawandels langsam zu spüren sind, sind sie für viele Menschen, insbesondere
68 im Globalen Süden, schon grausame Lebensrealität.

69 Für ein verbindliches und ambitioniertes Regelwerk im internationalen 70 Klimaschutz

71 Seit 2016 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Obwohl es als großer Schritt

72 im Kampf gegen die Klimakrise hervorgehoben wurde, sind seine Konsequenzen
73 bestenfalls unklar. Zudem manifestiert es an vielen Stellen bestehende
74 Ungerechtigkeiten. In diesem Jahr wird die Klima-COP erneut in Polen
75 stattfinden. Dort soll endlich ein Regelwerk für den internationalen Klimaschutz
76 entstehen und verabschiedet werden. Dies wäre ein längst überfälliger Schritt im
77 Kampf gegen die Klimakrise. Ein solches Regelwerk könnte dafür sorgen, dass
78 endlich tatsächlich Maßnahmen angegangen werden, die dem Ernst der Lage gerecht
79 werden. Dafür ist es unerlässlich, dass das Regelwerk verbindlich, durchsetzbar
80 und ambitioniert ist. Dazu gehören für uns:

81 • Finanzierung: Die durch die Staaten des Globalen Nordens zugesagten 100 Mrd.
82 US-Dollar für die Staaten des Globalen Südens müssen endlich ohne Umrechnung und
83 Einpreisung in bisherige Zahlungen fließen. Diese Gelder dürfen sich zugleich
84 nicht auf die Minderung von Emissionen fokussieren, sondern müssen in einem
85 Gleichgewicht zu Mitteln für die Klimaanpassung stehen. Wer unter den Folgen der
86 Klimakrise leidet, hat einen Anspruch auf Förderung und Reparationszahlungen.
87 Eine Förderung der "Verlust"-Forderungen von Staaten wie Saudi-Arabien, welche
88 Geld dafür haben wollen, Öl im Boden zu lassen anstatt es zu verwerten, lehnen
89 wir ab.

90 • National bestimmte Beiträge: Die Beiträge zur Klimapolitik, die jeder Staat im
91 Rahmen des Pariser Klimaabkommens abgeben muss, müssen klar definiert werden. Es
92 darf nicht nur um Emissionsminderung gehen. Anpassung, Verlust und Schaden sowie
93 Klimafinanzierung sind für uns elementare Bestandteile einer ambitionierten
94 Klimapolitik. Der Sonderbericht des IPCC hat gezeigt, dass das 1,5°-Ziel noch
95 erreichbar ist – die angekündigten Beiträge der Staaten führen aber zu einer
96 Erwärmung weit über zwei Grad. Daher müssen die angekündigten Beiträge,
97 insbesondere jene des Globalen Nordens, vor 2020 überholt werden. Anschließend
98 soll ihre Überprüfung in einem Zyklus von fünf Jahren erfolgen.

99 • Rechte: Nicht nur die Klimakrise gefährdet Menschenrechte. Auch die Umsetzung
100 spezifischer Maßnahmen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens kann die Rechte von
101 Menschen verletzen. In allen Aspekten von Klimapolitik müssen daher
102 Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern,
103 lokalen Gemeinschaften, Migrant*innen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und
104 besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die
105 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt und eingehalten werden. Für uns geht es
106 dabei aber nicht nur um Menschenrechte im weiteren Sinne, sondern auch um das
107 Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und das Recht auf
108 Entwicklung. Das Regelwerk darf nicht zu einer weiteren Verteilung von Lasten
109 hin zum Globalen Süden führen.

110 • Marktmechanismen: Der Clean Development Mechanism – zentraler Marktmechanismus
111 unter der UNFCCC – darf nicht einfach fortgeführt werden. Er hat jetzt schon zu
112 massiven Menschenrechtsverletzungen in der Implementierungsphase geführt und war

113 insgesamt auch nicht sonderlich erfolgreich. Sollte er übernommen werden, so
114 muss er massiv verändert werden. Dazu gehören die Einrichtung eines
115 Beschwerdekörpers für durch die Projekte Betroffene sowie der Ausschluss
116 falscher Lösungen wie CCS. Gleichzeitig braucht es nicht marktbasierete Lösungen
117 und eine globale GHG-Steuer.

118 Umweltaktivist*innen weltweit schützen

119 Auch wenn Klimakonferenzen und der Pariser Klimavertrag eine hohe öffentliche
120 Aufmerksamkeit erfahren und eine Positionierung hier absolut notwendig ist, ist
121 auch klar: Sie werden das Problem allein nicht lösen. Für die internationale
122 Klimabewegung, die lokale Kämpfe global verknüpft und die Interessen derjenigen
123 ins Zentrum rückt, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, können die
124 Klimakonferenzen deshalb Anknüpfungspunkt sein. Ihr Potenzial verwirklicht sie
125 jedoch nur dann, wenn sie auch abseits davon sichtbar ist und die Strategien
126 auch der durch bestehende Machtverhältnisse geprägten UN-Klimaverhandlungen
127 angewendet.

128 Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten
129 Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den
130 unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne
131 widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem
132 Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die
133 Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

134 Die Agrarwende als Voraussetzung für Umweltschutz und Globale Gerechtigkeit

135 Einer der größten Klimakiller ist die fehlgeleitete Agrarpolitik der
136 zurückliegenden Jahrzehnte. Klimagerechte Politik kann nur mit einer fairen,
137 ökologischen und transnationalen Agrarpolitik gelingen. Während die Europäische
138 Union im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit Agrarexpert*innen in Länder des
139 Globalen Südens entsendet, um dort kleinbäuerliche Landwirtschaft auch in Zeiten
140 des Klimawandels weiter möglich zu machen, exportieren europäische Unternehmen
141 zugleich massenhaft Milchpulver und Hähnchenschenkel, die dieser
142 kleinbäuerlichen Landwirtschaft die Existenzgrundlage entziehen. Damit wird
143 nicht nur eine ökologische Landwirtschaft im Globalen Süden von der
144 industriellen Landwirtschaft in den westlichen Industriestaaten untergraben,
145 sondern auch die Ernährungssouveränität vieler Länder immer weiter abgebaut.
146 Statt einer nachhaltigen Landwirtschaft für regionale Wirtschaftskreisläufe wird
147 eine industrielle Landwirtschaft etabliert, die ehemals vielfältig genutzte
148 Böden zur massenhaften Produktion von Soja und Mais zerstört und erodiert. Nicht
149 zu vergessen die Regenwälder, die in Südamerika der Pflanzung von
150 Sojamonokulturen zum Opfer fallen. Diese Art der Landwirtschaft schadet nicht
151 nur den Böden, den Wäldern und den in ihnen lebenden Tier- und Pflanzenarten,
152 sondern auch massiv dem Klima, wodurch in großen Teilen der Welt bereits immer
153 mehr Ackerböden jegliche Nutzungsmöglichkeit verlieren.

154 Nicht nur der Anbau von Monokulturen an sich ist schädlich für das Klima,
155 sondern vor allem ihr Nutzungszweck: als Futtermittel für die Viehzucht. Mit
156 über 50% Anteil an den weltweiten Treibhausgasen ist die Viehzucht mit Abstand
157 die klimaschädlichste Produktionsweise des Menschen. Und auch eine Agrarwende
158 hin zur Produktion von 100 Prozent Biofleisch würde nur zu noch mehr für die
159 Viehzucht zerstörten Böden und noch mehr Treibhausgasen führen. Die GRÜNE JUGEND
160 fordert, die Fleischproduktion massiv zu reduzieren, um der Klimazerstörung
161 durch die Folgen der Viehzucht entgegenzuwirken. Darüber hinaus fordert die
162 GRÜNE JUGEND durch eine ausschließliche Förderung ökologischer Landwirtschaft
163 sowohl im Globalen Süden als auch im Globalen Norden Regionalität und
164 Ernährungssouveränität vor das Profitinteresse von Agrarunternehmen zu stellen.

165 **Klimabedingte Migration würdevoll gestalten**

166 Die Folgen des Klimawandels sind schon heute deutlich spürbar. Immer mehr
167 Menschen verlieren aufgrund des Klimawandels ihr Zuhause. Durch den steigenden
168 Meeresspiegel und die Ausbreitung von Dürregebieten werden bestimmte Teile der
169 Erde in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Der Klimawandel ist für die
170 Menschen dort schon lange kein theoretisches Konzept mehr, sondern knallharte
171 Realität. Er bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit, Überschwemmungen und
172 Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und führt an vielen
173 Stellen zum Verlust einer Lebensgrundlage. Unser Kampf gegen den Klimawandel
174 muss deshalb immer auch eine menschenrechtsorientierte Klimafolgenanpassung,
175 also den verantwortungsvollen Umgang mit den Konsequenzen der Klimakatastrophe
176 beinhalten. Dabei haben die Staaten, die historisch in besonders starkem Maße zu
177 den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben, wie die Staaten der
178 Europäischen Union, im Sinne des Verursacherprinzips eine zentrale Bedeutung.
179 Das betrifft insbesondere die westlichen Industriestaaten und die sogenannten
180 Globalisierungsgewinner*innen. Diese haben über einen langen Zeitraum hinweg die
181 Kosten ihrer Lebens- und vor allem Wirtschaftsweise in andere Teile der Erde
182 externalisiert. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Teile der Erde nun mit den
183 Folgen davon allein gelassen werden.

184 Für eine frühzeitige, selbstbestimmte und würdevolle Migration

185 Unser Ziel ist es, dass möglichst wenige Menschen durch den Klimawandel zur
186 Migration gezwungen werden. Dafür brauchen wir nicht nur ein entschlossenes
187 Eintreten gegen den Klimawandel, sondern auch die Unterstützung der Staaten, die
188 besonders von seinen Konsequenzen betroffen sind, bei der technischen und
189 finanziellen Anpassung an die Folgen des Klimawandels, sowie bei der Bewältigung
190 von humanitären Katastrophen in Folge von extremen Wetterereignissen. Doch das
191 allein wird nicht reichen. Dennoch werden Menschen in den nächsten Jahrzehnten
192 dazu gezwungen sein, übergangsweise oder permanent ihr Zuhause zu verlassen. Es
193 ist eine zentrale Aufgabe der Weltgemeinschaft, diesen Menschen die Möglichkeit
194 zu einer frühzeitigen, selbstbestimmten und würdevollen Migration und
195 langfristige Perspektiven zu bieten. Der Umgang mit diesen Menschen wird ein
196 zentraler Prüfstein für ein humanitäres Europa sein.

197 Im Zentrum müssen dabei die Interessen der Bürger*innen von besonders
198 betroffenen Staaten stehen. Wir unterstützen deshalb bereits bestehende
199 Prozesse, in denen schon heute betroffene Staaten mit Anrainerstaaten über
200 völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit der klimabedingten Migration beraten,
201 wie die „Task Force on Displacement“, die „Nansen-Initiative“ oder den
202 „Warschauer Mechanismus“. Menschenrechtsbasierte Replacement-Programme von
203 Kommunen innerhalb von Staaten oder von Staatsbevölkerungen in Anrainerstaaten
204 müssen finanziell unterstützt werden. Außerdem sollen Kompensationen für
205 Verluste und Schäden durch den Klimawandel für Klimageschädigte, sowohl Staaten
206 als auch Individuen, einklagbar werden. Dafür brauchen sie einen effektiven
207 Rechtsschutz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Pionierklagen gegenüber
208 Großunternehmen und Staaten mit einer besonders schlechten Klimabilanz im Rahmen
209 einer globalen Gerechtigkeitsstrategie unterstützt und die internationale
210 Zusammenarbeit bei der Prozesskostenhilfe gefördert werden.

211 Klimapass als Zeichen der Verantwortung

212 Gleichzeitig wollen wir die individuellen Möglichkeiten und Rechte der von
213 klimabedingter Migration betroffenen Menschen stärken. Während Migration häufig
214 autoritär-zentralistisch organisiert wird, ist es unser Ziel, das einzelne
215 Individuum in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb fordern wir, dass die Staaten,
216 die in besonders starkem Maße zum Klimawandel beigetragen haben, den Menschen,
217 die dadurch ihr Zuhause verlieren werden, zunächst den Bewohner*innen der
218 pazifischen Inselstaaten, die Staatsbürgerschaft anbieten. Die Staaten der
219 Europäischen Union sollen hier im Rahmen einer gemeinsamen Vereinbarung voran
220 gehen und gleichzeitig international um weitere Partner*innen werben. Damit die
221 Möglichkeit der würdevollen Migration auch tatsächlich besteht, soll sie von
222 Unterstützungsangeboten, die Teilhabe sichern, begleitet werden. Ein solcher
223 Klimapass wäre nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern auch eine wichtige
224 Voraussetzung für globale Verantwortung.

225 Klimaflüchtende schützen

226 Während es unser Ziel ist, möglichst vielen Menschen eine frühzeitige und
227 selbstbestimmte Migration zu ermöglichen, wird es Menschen geben, für die diese
228 Maßnahmen zu spät kommen und die vor den Folgen des Klimawandels so hart
229 getroffen werden, dass sie zur Flucht gezwungen sind. Diese Menschen verdienen
230 besonderen Schutz, für sie gilt es, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen.
231 Wir setzen uns für die Aufnahme von Klimageflüchteten ein. Wir brauchen
232 humanitäre Lösungen für die Herausforderung Klimaflucht, auch hier müssen legale
233 Fluchtwege geschaffen werden. Dafür sollen Wege gefunden werden, dass
234 Umweltkatastrophen und Folgen des Klimawandels langfristig zum Beispiel im
235 Rahmen einer ergänzenden Schutzkonvention zur Genfer Flüchtlingskonvention als
236 Fluchtgründe anerkannt werden.

237 **Gleichwertige Lebensverhältnisse überall - für eine Globale** 238 **Gerechtigkeitspolitik**

239 Der Klimawandel verschärft bestehende soziale Probleme und Verteilungskämpfe.
240 Oft sind diejenigen am meisten betroffen, die sowieso schon unter Ausbeutung und
241 Armut leiden. Wir denken Ökologie und Gerechtigkeit zusammen und wollen den
242 Kampf gegen die Klimakrise mit dem Einsatz für Globale Gerechtigkeit verbinden.
243 Unser Ziel sind dabei gleichwertige Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt. Der
244 Geburtsort ist reiner Zufall und es ist zutiefst ungerecht, dass er heute in
245 großen Teilen darüber entscheidet, ob ein Mensch in Armut lebt und/oder
246 humanitären Katastrophen ausgesetzt ist. Wir wollen, dass Menschen überall gut
247 leben können.

248 Solidarität mit sozialen Kämpfen weltweit

249 Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns
250 mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen
251 Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht
252 als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als
253 gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
254 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
255 unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere
256 Aktivist*innen die sich gegen globale Autorisierungstendenzen und Faschisierung
257 einsetzen und unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte einstehen. Wir
258 setzen uns deshalb für eine stärkere Unterstützung von Aktivist*innen und
259 zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen
260 ein. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten auch gleichwertige
261 Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für international verbindliche Regeln
262 zum Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ein und solidarisieren uns
263 mit Gewerkschafter*innen, die überall auf der Welt für bessere
264 Arbeitsbedingungen kämpfen. Im globalen Kampf gegen Armut setzen wir uns
265 außerdem für die Förderung von Modellversuchen des Bedingungslosen
266 Grundeinkommens auch auf transnationaler Ebene ein, da dieses gerade in Ländern
267 mit kaum existierenden Sozialsystemen und enormen Einkommensunterschieden den
268 Zugang zu einem selbstbestimmten Leben erleichtern kann.
269 Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die
270 Klimakämpfer*innen, Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen
271 wirkungsvoll schützen, notfalls über konkrete Schutzprogramme. Der Bedrohung von
272 Aktivist*innen bis hin zur Ermordung muss endlich ein wirkungsvoller Riegel
273 vorgeschoben werden.

274 Globale Gerechtigkeitspolitik statt Entwicklungshilfe

275 Aus dem Kampf für global gleichwertige Lebensverhältnisse ergibt sich unserer
276 Ansatz einer Globalen Gerechtigkeitspolitik. Im Kontrast zur aktuellen
277 Entwicklungspolitik, die an vielen Stellen nichts anderes als Interessenpolitik
278 westlicher Industriestaaten ist, fordern wir eine Politik, die sich an ihrem
279 Beitrag für mehr globale Gerechtigkeit, für eine Angleichung der
280 Lebensverhältnisse und für einen nachhaltigen und ökologischen Umgang mit Umwelt
281 und Ressourcen messen lässt. Wir stellen uns gegen eine Vorstellung von
282 "Entwicklung", die darauf beruht, im Sinne einer Angleichung an den Globalen

283 Norden kapitalistische Strukturen in Ländern des Globalen Südens zu fördern, die
284 in erster Linie Investitionen eigener Unternehmen vereinfachen. Globale
285 Gerechtigkeitspolitik zielt nicht darauf ab, dass Staaten im Globalen Süden nach
286 dem Vorbild westlicher Industriestaaten umgebaut werden, sondern dass überall
287 auf der Welt gute und würdevolle Lebensverhältnisse geschaffen und bestehende
288 Machtverhältnisse abgebaut werden.

289 Globale Gerechtigkeitspolitik umfasst nicht nur staatliche Kooperationen und
290 Entwicklungszusammenarbeit. Vielmehr ist sie ein Querschnittsthema und betrifft
291 auch einen Wandel der Weltwirtschaftsordnung, einen Paradigmenwechsel in der
292 Handelspolitik und eine zeitgerechte Umweltpolitik. Ein großes Problem der
293 aktuellen Entwicklungspolitik ist eine mangelnde Kohärenz verschiedener
294 Politikfelder in den westlichen Industriestaaten. Häufig geraten
295 entwicklungspolitische Bemühungen mit außen- und wirtschaftspolitischen
296 Interessen in Konflikt oder treten hinter diesen zurück. Doch Globale
297 Gerechtigkeitspolitik bedeutet, dass auch diese Politikfelder im Sinne der
298 Globalen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Deshalb fordern wir dass politische
299 Maßnahmen im Globalen Norden verbindlich im Rahmen einer "Global South
300 Mainstreaming" Analyse auf ihre Auswirkungen auf Länder im Globalen Süden
301 untersucht werden.

302 Auf dem Weg zu einer Globalen Gerechtigkeitspolitik fordert die GRÜNE JUGEND die
303 Gelder für Entwicklungszusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt endlich auf
304 mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und diese Mittel
305 demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern im globalen Süden ohne
306 Projektbindung zur Verfügung zu stellen. Das politische Ringen um die
307 Entwicklung eines Staates darf nicht durch Geldmittel anderer Staaten
308 entdemokratisiert werden, sondern muss ein Aushandlungsprozess innerhalb eines
309 Staates durch Parlamente und zwischen Staaten auf Augenhöhe sein.
310 Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch
311 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade
312 dort wichtig, wo Staaten demokratische Prinzipien verraten und
313 zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen
314 jegliche Versuche, Entwicklungszusammenarbeit mit der Unterstützung bei der
315 Abschottungspolitik der Europäischen Union zu verbinden. Abkommen, die diesem
316 Prinzip folgen, wie zum Beispiel das Rückführungsabkommen mit Libyen, müssen
317 unverzüglich aufgekündigt werden.

318 Sustainable Development Goals umsetzen

319 Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die Sustainable Development Goals (SDGs)
320 der Vereinten Nationen in gemeinsamer Verantwortung zu erfüllen. Anders als
321 viele europäische Staaten sind zahlreiche Länder im Globalen Süden erfolgreich
322 dabei, diese Entwicklungsziele zu erreichen. Hier müssen die europäischen
323 Staaten endlich nachziehen und ihre eigene Politik auf die Verträglichkeit mit
324 den SDGs verbindlich überprüfen. Gerade die Energiepolitik, die Ländern des
325 Globalen Südens den Bau neuer fossiler Kraftwerke verbietet, während in Europa

326 der Kohleausstieg verhindert wird, ist unglaublich und nicht gerecht. Eine
327 Entwicklung hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien in Ländern des Globalen
328 Südens zu fördern ist richtig, sie ihnen abzuverlangen ohne selbst die nötigen
329 Schritte zu gehen, aber eine fatale politische Botschaft, die das ernsthafte
330 Interesse des Globalen Nordens an einer Erreichung der SDGs sehr fragwürdig
331 erscheinen lässt.

332 Gerechte Handelspolitik und faire Beschaffung Wirklichkeit werden lassen

333 Der handelspolitische Neoliberalismus von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA
334 oder JEFTA muss durch eine Handelspolitik auf Grundlage fairer und ökologischer
335 Standards ersetzt werden. Dieser Ansatz sollte nicht mit einer Infragestellung
336 europäischer Zuständigkeit einhergehen, sondern muss auf dem Kampf um politische
337 Mehrheiten und Bewegungen für eine faire Handelspolitik in Europa fußen. Das
338 Zurückfallen in eine nationalstaatliche Handelspolitik oder in einen
339 nationalstaatlichen Protektionismus lehnt die GRÜNE JUGEND klar ab. Vielmehr
340 müssen einheitliche, transnationale Standards gesetzt werden, die diejenigen
341 fördern, die ökologisch und sozial produzieren und denjenigen einen Riegel
342 vorschieben, die auf Kosten menschlicher Gesundheit und der Stabilität unseres
343 Ökosystems wirtschaftliche Profite erzielen. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND
344 ein einheitliches Siegel, das die ökologischen und sozialen Ansprüche an die
345 globale Produktionsweise vereint. Dieses Siegel soll zur Voraussetzung von
346 Importen und Exporten in und aus der Europäischen Union werden.

347 Globale Gerechtigkeitspolitik muss also auf eine gleichberechtigte und
348 nachhaltige Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft hinwirken. Dafür müssen
349 auch die notwendigen Schritte in der Entwicklung von Ländern des globalen
350 Nordens hin zu fairer Beschaffung der öffentlichen Hand gegangen werden. Die
351 Bundesrepublik, die Länder und die Kommunen beschaffen im Jahr Güter im Wert von
352 rund 300 Milliarden Euro. Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Siegel
353 muss die öffentliche Hand vorausgehen. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die
354 Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit entsprechend
355 fachlicher Expertise ausgestattet und verpflichtet werden müssen, jegliche Güter
356 fair zu beschaffen.

357 Für "fairen Handel" reicht es jedoch nicht aus, wenn Arbeiter*innen im Globalen
358 Süden, die die Rohstoffzufuhr für Veredelungsgüter im globalen Norden absichern,
359 einen ortsüblich vergleichbar guten Lohn erhalten. Denn mit diesem wird
360 möglicherweise ein vergleichsweise gutes Leben ermöglicht, von europäischen
361 Lebensstandards kann aber noch lange nicht die Rede sein. Solange Länder des
362 globalen Südens nur als Rohstofflieferanten und Länder des globalen Nordens als
363 Veredelungsökonomien betrachtet werden, wird eine faire Angleichung von
364 Lebensstandards systematisch untergraben. Folglich darf fair nicht nur bedeuten,
365 dass fair produzierte Kaffeebohnen nach Europa transportiert werden, die dann
366 von europäischen Röstereien veredelt werden. Fair muss bedeuten, dass Länder des
367 globalen Südens die Möglichkeit erhalten müssen, selbst von ihren Rohstoffen,
368 von ihren Spezialisierungen, von ihren Erfahrungen und ihrer Kompetenz zu
369 profitieren. Das ist aber solange nicht möglich, wie auf veredelten Kaffee ein
370 weit höherer Einfuhrzoll nach Europa aufgeschlagen wird als auf den Rohstoff,
371

372 die Kaffeebohne. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass dieser unfaire Protektionismus
373 europäischer Staaten umgehend beendet wird.

373 **Die Welt rettet sich nicht von allein!**

374 Diese Kämpfe werden wir nicht alleine gewinnen und wir werden sie auch nicht nur
375 in Deutschland und Europa gewinnen. Aber es ist notwendig, dass wir alle jetzt
376 anpacken, um Schlimmeres zu verhindern und gleichzeitig eine echte
377 Zukunftsperspektive aufzumachen.

378 Wir werden auch Hand in Hand mit den sozialen und ökologischen Bewegungen auf
379 dem ganzen Planeten kämpfen müssen. Wir stehen solidarisch mit den
380 Gewerkschafter*innen überall auf der Welt, die für gerechte Bezahlung und gute
381 Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir stehen solidarisch mit den Menschen, die gegen
382 die Zerstörung ihres Wohnortes kämpfen. Und wir schmieden gemeinsam an
383 Bündnissen mit allen Akteur*innen, die die Verhältnisse umschmeißen wollen.

384 Wir haben eine Welt zu retten, also warten wir nicht länger.